

Hans Werner Neulen Europa und das 3. Reich

Einigungs-
bestrebungen
im deutschen
Machtbereich
1939-45

Universitas

Da ksagun

Zahlreiche Archive, Institute und Privatpersonen haben durch ihre großzügige und geduldige Mitarbeit, durch Zurverfügungstellen von Dokumenten und Fotos, weiterführende Hinweise und fruchtbare Anregungen dazu beigetragen, daß diese Studie entstehen konnte.

Ihnen sei auf diesem Wege herzlich gedankt. Besonders verbunden fühlt sich der Verfasser in Belgien Herrn A. Bekaert und Herrn A. Dantoing vom Navorsings- en Studiecentrum voor de Geschiedenis van de Tweede Wereldoorlog/Brüssel sowie Herrn Bernard Delcord; in Frankreich Monsieur Jean Mabire und den Damen und Herren von der Association pour la conservation et la reproduction photographique de la presse/Paris; in Holland Herrn E. G. Groeneveld vom Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie/Amsterdam und Herrn Otto Spronk; in Italien Herrn Dott. Nicola Cospito sowie Herrn Dr. Jens Petersen vom Istituto Storico Germanico/Rom und der Fondazione Biblioteca luigi micheletti/Brescia; in Norwegen Herrn Odd V. Aspheim, Herrn Bjørn Østring und Herrn P. O. Storlid. In der Bundesrepublik Deutschland schließlich gilt der aufrichtige Dank des Autors Herrn Dr. Werner Best, Herrn Dr. Geert Demarest und Herrn Professor Dr. Hans-Adolf Jacobsen; Frau Dr. Maria Keipert, Herrn Dr. Thimme und Herrn Wiedey vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes/Bonn; Herrn Dr. Werner vom Bundesarchiv Koblenz und den Damen und Herren vom Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg; Herrn Dr. Joachim Hoffmann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg; Frau Brigitte Emmer und Herrn Hermann Weiß vom Institut für Zeitgeschichte in München sowie Herrn Alexander Dolezalek von der Studien-Sammlung für europäische Geschichte, Gegenwart und Zukunftsplanung/Vlotho.

Nicht vergessen werden sollen auch Frau Isy Lacour und die zahlreichen Helfer der Stadtbücherei Köln, die dem Verfasser geduldig (fast) alle bibliographischen Wünsche erfüllt haben.

Köln, im Januar 1987

Hans Werner Neulen

de side 433, 1987

112069

Norwegen

»Wir müssen gute Norweger, gute Germanen und gute Europäer sein. Das schließt sich gegenseitig nicht aus, im Gegenteil, eines ist ohne das andere nicht möglich.«¹ Diese programmatische Erklärung von Vidkun Quisling, dem Führer der 1933 gegründeten Nasjonal Samling (NS), beinhaltet die Kernthese seiner Europapolitik, die er 15 Jahre lang verfocht, ohne sie verwirklichen zu können: Europa sollte über den Weg einer »germanischen Harmonisierung«² geeinigt werden, wobei die Eigenstaatlichkeit und die Selbständigkeit Norwegens nur im Hinblick auf unverzichtbare Kompetenzen der föderativen Europaunion geschmälert werden durften. Bereits in seinem 1930 verfaßten und 1942 auch in Deutsch erschienenen Buch *Rußland und wir* findet sich die Konzeption eines nordischen Bundes, dem die Skandinavier, Briten, Holländer und Deutschen, ja sogar die britischen Dominions und die USA angehören sollten.³ Die großnordische Zusammenarbeit sah Quisling dabei als das wirksamste Mittel zur Eindämmung des Bolschewismus an. Im Mai 1933, kurz vor der Gründung der NS, wiederholte Quisling die Forderung nach einem Bund der nordischen Völker, diesmal in einer norwegischen Zeitung, wobei er die Schaffung einer Zollunion zwischen Skandinavien, Großbritannien und dem Reich vorschlug.⁴ Mochte die Nationale Sammlung auch Wahlschlappen hinnehmen und Mitglieder einbüßen, Vidkun Quisling hielt unbeirrt an seiner germanisch-europäischen Vision einer supranationalen Konföderation fest. 1937 erschien in der englischen Zeitschrift *British Union Quarterly* ein Artikel aus seiner Feder, der den Titel *A Nordic World Federation* trug. Quisling legte hier die Gedanken nieder, die er auch während der deutschen Besetzung seiner Heimat vertreten sollte.⁵ Er postulierte eine internationale, auf dem System nationaler Staaten gegründete Gemeinschaft und verwarf ausdrücklich den Gedanken der Vorherrschaft einer einzelnen Macht: »Die Hegemonie einer einzelnen Nation ist katastrophal für andere und für sie selbst.« Die skandinavischen Staaten, Briten, Flamen und Niederländer sollten sich zu einer antikommunistischen Union zusammenschließen und die Handels- und Finanzpolitik vereinheitlichen:

»Ein Block dieser Völker, eine Union der nordischen Völker, wird unbesiegbar sein. Eine derartige Union wird viel besser als die bankrotte Genfer liberal-marxistische Liga in der Lage sein, als ein Bollwerk gegen den Bolschewismus zu fungieren und Garantien für die friedliche Entwicklung der Welt abzugeben. Der Weg zur organisierten Humanität wird über die Blockbildung der Union der großen nordischen Völkerfamilie führen, mit einer gemeinsamen Währung, einem Binnenfreihandel und einer gemeinsamen Zollpolitik; es wird ihr Ziel sein, andere Länder und Mächtegruppen in ihr System einzubeziehen.«

Den Krieg zwischen England und Deutschland bezeichnete der norwegische Parteiführer ausdrücklich als eine Katastrophe für Norwegen.⁶ Nach der britischen Kriegserklärung an das Reich versuchte er daher am 11. Oktober 1939 durch einen dramatischen Friedensaufruf den Bruderkrieg zwischen den gegnerischen Nationen aufzuhalten und bot Ministerpräsident Chamberlain sein Programm einer europäischen Föderation als Mittel der Friedenssicherung und des Interessenausgleichs an (Dok. Nr. 51). Der gut gemeinte Appell verhallte ungehört. Zwei Jahre später, als der Name Quisling in der achsenfeindlichen Weltöffentlichkeit zum Synonym des gekauften Verräters geworden war, erinnerte der amerikanische Dichter Ezra Pound in einer Rundfunkansprache über Radio Rom an den vergessenen Friedensappell.⁷

»Für Quisling waren »Frieden und Versöhnung zwischen Deutschland und England« ein Weg, auf dem Norwegen Krieg und Chaos vermeiden konnte.

Ohne Rücksicht auf die Romanen ging Quisling über den Gedanken der Versöhnung zwischen Deutschland und England hinaus und wünschte eine nordische Föderation, der die beiden großen Mächte und die skandinavischen Länder, Holland und Flandern angehören sollten.

Offensichtlich wäre eine solche Union für Italien weniger vorteilhaft gewesen als die Achse. Trotzdem ist es nicht das römische Ende der Achse, das Quislings Kopf fordert. Es sind unsere Gegner, die das Äußerste getan haben, um seinen Namen in ein gemeines Wort umzuwandeln und aus ihm ein

Synonym für antinationale Aktivitäten, wann auch immer und wo auch immer, zu machen.«

Während der Besetzung durch das »germanische Brudervolk« unternahm Quisling verschiedene Anläufe, seinem Plan einer europäischen Blockbildung und Staatengemeinschaft mit deutscher Hilfe zum Erfolg zu verhelfen.

Denkschriften Quislings, die europäische Fragen oder die Unabhängigkeit Norwegens zum Inhalt haben

Datum	Titel	Fundstelle
25.10.1940	Denkschrift über die Regelung des Verhältnisses zwischen Norwegen und Deutschland	Dok. Nr. 52
17.9.1941	9-seitiges Memorandum für Reichskommissar Terboven	IfZ Archiv MA 110
10.2.1942	Memorandum über die Neuordnung in Norwegen mit Entwurf eines Vorfriedensvertrages	ADAP, Serie E, Bd. I, Dok. Nr. 248, S. 466 ff.
9.6.1942	Memorandum über die heutige innen- und außenpolitische Lage Norwegens	IfZ Archiv MA 110; Boehm S. 187–194
2.2.1943	Denkschrift über die russische Frage	Archiv Autor (vgl. Dok.Nr.53)
29.10.1943	Entwurf des Großgermanischen Vertrages	nicht ermittelt
30.3.1944	Die schwedische und nordische Frage	Archiv Autor
2.11.1944	Entwurf Europa-Pakt	Dok. Nr. 54

Seine erste Denkschrift vom 25.10.1940 (Dok. Nr. 52) sprach die Notwendigkeit eines großgermanischen Bundes an, mit einem gemeinsamen Bundeskanzler, einheitlicher Außenpolitik und einer gemeinsamen Luftwaffe und Kriegsmarine. Dem Bundesmitglied Norwegen sollte in diesem föderativ aufgelockerten Staatenverband die territoriale Integrität und nationale Freiheit garantiert werden. Eine zutreffende Einschätzung dieser Denkschrift stammt von dem deutschen Historiker Bernd Martin, der ihr bescheinigt, sie müsse

»als symptomatisch für die damals in abendländisch-national ausgerichteten Europäerkreisen anzutreffenden Friedensvorstellungen gewertet werden.«⁸ Martin sieht eine Parallele zwischen der Binnenstruktur von Quislings Staatenbund und dem staatsrechtlichen Verhältnis von Großbritannien zu den Dominions und kommt zu der Schlußfolgerung: »Wie eine staatliche Neuordnung Europas hätte aussehen müssen, um – von Hitler propagiert – weitgehende Unterstützung in Deutschland selbst, den besiegten Ländern und auch bei den Neutralen zu finden, legte der Führer der norwegischen nationalen Sammlungsbewegung Quisling am konkretesten dar.«⁹

Quislings Projekt hatte nie eine Realisierungschance. Reichskommissar Terboven war nicht der einzige Anhänger einer Gaulösung für das norwegische Königreich, auch Göring erklärte bereits im Juni 1940: »Norwegen kommt zum Reich«¹⁰, und der Reichsführer SS brachte seine Auffassung über die Lösung der norwegischen Frage sieben Monate später in Oslo auf die knappe Formel: »Hier sitzen wir, und hier gehen wir nicht wieder hinaus!«¹¹ Quislings Mißtrauen gegenüber seinen deutschen »Partnern« sollte zwar im Lauf des Krieges wachsen, aber die Radikalität der annexionistischen Absichten von Göring und Himmler kannte Quisling nicht, als er am 10. März 1941 ein Schreiben an Reichsminister Lammers richtete, in dem er ausführte, daß der freiwillige Anschluß der norwegischen Bevölkerung an einen großgermanischen Bund von zwei Faktoren abhängig sei: von einem engen deutsch-norwegischen Vertrauensverhältnis und der Anbahnung von Vorfriedensverhandlungen. Wichtig sei dabei auf deutscher Seite die Bereitschaft, »die Eigenart und geschichtliche Entwicklung des norwegischen Volkes zu respektieren und zu fördern sowie dessen nationale Freiheit zu garantieren ...«. ¹² Die von deutscher Seite dilatorisch behandelte Frage eines Vorfriedens wurde wiederholt von Quisling aufgegriffen und angesprochen, der hoffte, nach Abschluß eines Friedensvertrages würde die Souveränität Norwegens wiederhergestellt, wobei er bereit war, gewisse Souveränitätsrechte zugunsten eines germanisch-europäischen Bundes aufzugeben. Am 2. August 1941 verfaßte er eine erneute Eingabe an Lammers und drängte auf die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen.¹³ Eine positive Reaktion aus Berlin blieb aus. Aber der dogmatische Quisling, der einmal bezo-

gene politisch-ideologische Positionen nie aufgab, ließ in seinen Reden keinen Zweifel daran, was er von dem Großdeutschen Reich erwartete. Bei einer Ansprache in Oslo am 5.9.1941 setzte er deutliche europäische Akzente:¹⁴

»Was Frankreich und Napoleon für Europa nicht erreicht haben, an dessen Verwirklichung ist Deutschland nun endlich voll an der Arbeit: eine Zusammenfassung der europäischen Festlandsstaaten in einer europäischen Neuordnung, die die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit sichert und Krieg unter denselben ausschließt, während sie gleichzeitig den einzelnen Staaten Freiheit und Selbständigkeit gibt.«

Auf die europäische Frage ging der Führer der Nasjonal Samling auch in seiner Rede anläßlich der Regierungsübernahme am 1.2.1942 ein:¹⁵

»Die Zukunft gehört den großen Staatenbünden. Die moderne Entwicklung hat die kleinen und mittelgroßen Staaten aus dem Spiel gebracht und das Schicksal der Völker in die Hand der großen Staaten gelegt. Aber nur die wirklich großen Staaten oder Staatenbünde, die Weltmächte genannt werden, haben die Möglichkeit, sich in Zukunft zu behaupten ... Trotz seiner Kultur wird sich Europa nach dem siegreichen Frieden bald in einer gefährlichen und bedrohten Situation zwischen den beiden Kolossen sehen, die an seiner Seite herangewachsen sind, wenn es nicht in einem festen Zusammenschluß freier, nationaler Staaten vereint wird. Wenn eine solche Neuordnung nicht auf irgendeine effektive Weise verwirklicht wird, kann sich Europa nicht behaupten. Ihm droht sogar die Gefahr, in Trümmer zu zerfallen.«

Unermüdlich predigte Quisling die germanische Partnerschaft. Bei seinen Kontakten mit den Reichsbehörden setzte er sich beharrlich für einen Friedensvertrag ein und kämpfte für ein Bündnis zwischen Deutschland und Norwegen, dem die inneren und äußeren Hoheitsrechte unter Aufhebung des Reichskommissariats zurückgegeben werden sollten. Nach einer nationalen Erneuerung im Inneren sollte Norwegen dann einen angesehenen Platz in der zu schaffen-

den europäischen Gemeinschaft einnehmen. Sein neues Memorandum vom 10.2.1942 sprach daher wieder von der Notwendigkeit eines sofortigen Vorfriedens, verlangte eine Selbständigkeitserklärung für Norwegen und knüpfte an die Lieblingsidee Quislings – den germanischen Bund – an, für den als Quasi-Leitungsorgan ein germanischer Bundesrat empfohlen wurde:¹⁶

»Sobald der germanische Bund unter Deutschlands Führung etabliert wird, würde ein germanischer Bundesrat in Berlin unter Deutschlands Vorsitz periodisch zusammentreten, in welchen die germanischen Länder ihre Ministerpräsidenten bzw. Außenminister als Bundesbevollmächtigte entsenden. Der Bundesrat legt die Richtlinien der gemeinsamen germanischen Außenpolitik fest.«

Der norwegische Kollaborationspolitiker hatte am 13.2.1942 in Berlin Gelegenheit, seine Pläne Hitler persönlich vorzutragen. Konkrete Vorstellungen über das weitere Vorgehen schien man in der Reichskanzlei jedoch nicht zu haben, Reichsminister Lammers interpretierte seinen Führer aber so, daß die Behandlung der norwegischen Frage »nicht eilig« sei, Bedingungen eines eventuellen Friedensvertrages nicht ausgehandelt, sondern den Norwegern auferlegt werden sollten und Norwegen auch künftig keine eigene Außenpolitik machen dürfe.¹⁷ Der unermüdliche Quisling präsentierte Hitler am 9.6.1942 eine weitere Denkschrift.¹⁸ Thema war wieder die Regelung eines Vorfriedens und die norwegische Unabhängigkeit. Der optimistische NS-Führer faßte sogar den »Beitritt des freien Norwegen« zum Antikomintern- und Dreimächtepakt und die Wiederherstellung der Wehrhoheit ins Auge. Aber Berlin hatte an einem verbündeten Norwegen kein Interesse. Bereits mit Schreiben vom 22.6.1942 teilte Lammers dem norwegischen Innenminister mit, »der Führer hält die Zeit für eine vertragliche Festlegung der Beziehungen zwischen dem Großdeutschen Reich und Norwegen noch nicht für gekommen ...«. ¹⁹ Aber dies war nicht die letzte Enttäuschung für die norwegischen Faschisten. Hitler entschied im August, daß über einen Friedensschluß mit Norwegen während der Dauer des Krieges nicht verhandelt werden könne, vielmehr solle alles unterbleiben, was die Stellung Norwegens gegenüber dem Reich in irgendeiner Form präjudiziere. Erst nach Kriegsende wür-

de das skandinavische Land »durch eine einseitige Erklärung der Reichsregierung erfahren«, wie sein künftiges Verhältnis zum Deutschen Reich aussehen werde.²⁰ Der Reichskommissar wurde autorisiert, dies Quisling »mit aller Deutlichkeit und Schärfe mitzuteilen«. Zusätzlich sollte Lammers noch ein entsprechendes Schreiben an die rechtlose norwegische Regierung richten.

Hitler war offensichtlich erbost über die zahlreichen Eingaben des hartnäckig auf nationale Interessen pochenden norwegischen Ministerpräsidenten, der zudem im Sommer 1942 noch einen verzweifelten, aber hoffnungslosen Kampf zur Erhaltung der norwegischen Leichtmetallindustrie führte und um die eigenständige industrielle Entwicklung seines Landes fürchtete, da die Deutschen sich die norwegischen Industrieressourcen um jeden Preis dienstbar machen wollten.²¹ Der Berliner Diktator entschied auch insoweit deziidiert gegen Quisling: »Die Frage der Ausnutzung der norwegischen Energiequellen wird einseitig durch Entscheidung von deutscher Seite geregelt.«²²

Reichsminister Lammers übermittelte Quisling mit Schreiben vom 17. September 1942 die Anweisung Hitlers, daß eine endgültige Regelung der deutsch-norwegischen Beziehungen erst nach Kriegsende erfolgen könne.²³ Staats- und völkerrechtliche Diskussionen, die auf eine Änderung der gegenwärtigen Lage Norwegens abzielten, sollten unterbleiben. Weiter wurde der NS-Parteichef ersucht, alle Norwegen betreffenden politischen Fragen nicht mehr unmittelbar dem Führer zuzuläten, sondern dem Reichskommissar. Tatsächlich hat Quisling nach dieser Abfuhr aus Berlin keine Denkschrift mehr konzipiert, die sich ausschließlich mit dem Schicksal seiner Heimat beschäftigte. Er verzichtete jedoch keineswegs auf seine Grundmaximen, sondern legte, taktisch nicht unklug, in seinen künftigen Memoranden das Schwergewicht auf ausländische und supranationale Themen, wobei er den Grundsatz der Unabhängigkeit Norwegens stets geschickt einflocht. Seine *Denkschrift über die russische Frage vom 2.2.1943*, die auch in die Hände des Reichsführers SS gelangte, war eine deutliche Absage an die nationalsozialistische Untermenschenpolitik (Dok. Nr. 53). Bereits im Dezember 1939 hatte Quisling sich für eine wirkliche Befreiung der von Moskau unterworfenen Völker und für die Errichtung einer Reihe von nationalen sozialistischen Bauernrepubliken eingesetzt.²⁴ In seiner

neuen Denkschrift plädierte der norwegische Ministerpräsident für einen ukrainischen Nationalstaat bis zum Dnjepr und für die Selbständigkeit von Georgien, Armenien und Aserbeidschan. Das verbleibende russische Reich mit etwa 140 Millionen Einwohnern sollte als föderative Bundesrepublik organisiert werden, antikommunistisch ausgerichtet sein und mit Berlin ein Bündnis eingehen. Als Endziel seiner Politik sah Quisling eine germanisch-slawische Weltmacht entstehen. Aber derartige Positionen ließen sich mit Hitler und Himmler nicht diskutieren, schon gar nicht verhandeln. Die Deutschen hatten zwar einen russischen Partner für derartig weitreichende Pläne, den 1942 in Gefangenschaft geratenen General Wlassow, aber sie werteten ihn erst in letzter Stunde und zudem noch halbherzig zum Verbündeten auf.²⁵

Als Quisling am 19.4.1943 Hitler besuchte, konnte er seine unorthodoxen Ideen eventuell noch einmal vortragen.²⁶ Vorausgegangen war ein schroffer Angriff des norwegischen Politikers gegen die unehrliche und betrügerische deutsche Politik und ihren imperialistischen Charakter.²⁷ Einen Monat nach dem Besuch, in seiner Rede zum zehnjährigen Bestehen der Nasjonal Samling am 17.5.1943, ließ Quisling nichts von seiner Wut und Enttäuschung über die Politik der Reichskanzlei verlauten, vielmehr vermittelte er seinen Zuhörern das Bild eines glücklichen und geeinten Europa und eines freien Norwegen.²⁸

»Wir müssen getrost darauf vertrauen, daß Europas Völker ihre Freiheit und Unabhängigkeit als eine selbständige Weltmacht unter den Weltmächten werden behaupten können. Damit dies aber geschieht, muß Kontinentaleuropa durch eine feste Gemeinschaft der germanischen Völker in freien, föderativen Formen organisiert werden ...

Mit all seiner alten Kultur werden Europa und damit auch die nordischen Staaten zugrunde gehen, wenn die germanischen Völker in Europa nicht zueinander finden und unser Weltteil nicht vereinigt und organisiert wird, über engstirnige nationale Sonderinteressen hinweg, die absurd und unhaltbar werden, wenn sie die Sicherung der eigentlichen Lebensinteressen der Nation verhindern ...

Es ist meine Überzeugung, daß wir auf diesem Weg auch die

Zukunft Norwegens suchen müssen und daß wir auf diesem Weg unser großes nationales Ziel auch erreichen werden: Ein freies, großes und glückliches Norwegen, dessen nationale Existenz wirklich gesichert ist.«

Der NS-Führer konnte zumindest einen Teilerfolg verbuchen, als Hitler am 16.9.1943 eine Selbständigkeitserklärung für Norwegen abgab, die sich allerdings nur auf die Nachkriegszeit bezog (vgl. Dok. Nr. 16). Ein derartiges Zugeständnis hat sich der deutsche Diktator von keinem anderen Kollaborationspolitiker abringen lassen. In Oslo machten sich bei den Funktionären und Mitgliedern der Nasjonal Samling neuer Optimismus und Enthusiasmus breit.²⁹ Der norwegische Ministerpräsident versuchte die Gunst der Stunde zu nutzen und unterbreitete dem Reichskommissar am 29.10.1943 den Entwurf eines Großgermanischen Vertrages. Dessen Originaltext konnte bis heute nicht aufgefunden werden, doch läßt sich aus anderen Unterlagen ein Teil des Inhalts rekonstruieren.³⁰ Quisling schlug die Bildung eines »Germanischen Commonwealth« vor, dem seine Präferenzstaaten – Norwegen, Deutschland, Dänemark und Holland – angehören sollten und der auch Schweden und Belgien offenstand. Zum Zweck dieses Staatenverbandes schrieb Quisling:³¹

»So wie die Preußen der Kern für ein vereinigtes Deutschland waren, so sollten die germanischen Völker den Kern eines unter der Neuen Ordnung vereinigten Europa bilden.«

Zugeständnisse an die Hegemonialansprüche des Reiches machte Quisling nicht, wie man unschwer einem Schreiben des Reichsführers SS vom 28.2.1944 entnehmen kann:³²

»Ich habe mir den Entwurf des Großgermanischen Vertrages ... durchgesehen. Er ist doch von den ollen norwegischen Seemännern klug abgefaßt, nämlich so, daß diese in nett demokratischer Form mit ihren Einzelstimmen das große zentrale Deutschland immer überstimmen könnten.«

Nachdem auch dieser erneute Vorstoß Oslos nichts einbrachte, versuchte der norwegische Kollaborationspolitiker, durch eine Interpretation der skandinavischen Verhältnisse seinen Ideen mehr Gehör zu verschaffen. Seine entsprechende Denkschrift vom

30.3.1944 trug den Titel *Die schwedische und nordische Frage*.³³

Quisling betonte darin den positiven Einfluß, den ein selbständiges Norwegen im skandinavischen Raum ausüben könne. Er forderte daher für seine Heimat und für Dänemark eine unabhängige Regierung. Norwegen, Dänemark und Finnland sollten eng zusammenarbeiten, um das neutrale, in Wirklichkeit aber proalliierte Schweden politisch einzukreisen und seinen Einfluß einzudämmen. Himmler erkannte sofort, daß der »olle norwegische Seemann«^x wieder einmal für die von der SS als Separatismus gebrandmarktete Selbständigkeit Norwegens eintrat und vermerkte nach Lektüre des

^x Dokuments: »Nachtigall, ich hör dich ...«³⁴

^x *präparat* An der Intransigenz der deutschen Führung scheiterte auch der letzte norwegische Versuch, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des skandinavischen Landes noch während des Krieges durchzusetzen. Quislings emphatischer Ausspruch: »Die Achse Rom-Berlin ist nach Oslo verlängert worden«³⁵, sollte sich endgültig als Chimäre erweisen. Aber noch einmal, am 2.11.1944³⁶, übergab er seinem deutschen Aufpasser Terboven ein Memorandum, das praktisch die Quintessenz seiner europäischen Konstruktion darstellt: den *Entwurf Europa-Pakt* (Dok. Nr. 54). 16 Staaten sollten einen Bund bilden, eine Europäische Völkergemeinschaft mit einem Europäischen Kongreß als zentraler oberster Verbindungsinstanz. Verteidigung, Außenpolitik und Wirtschaft sollten koordiniert werden, in seinen inneren Angelegenheiten wurde jedem Mitgliedsstaat vollkommene Selbständigkeit zugesichert. Es ist sicher nicht falsch, wenn man unterstellt, daß die von Quisling in seinem Entwurf des Großgermanischen Vertrages erwähnten germanischen Nationen den Kern des Europäischen Kongresses bilden sollten. Möglicherweise hatte der norwegische Ministerpräsident Gelegenheit, bei seinem letzten Gespräch mit Hitler am 28.1.1945 auch den Entwurf Europa-Pakt anzusprechen.³⁷ Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, daß er »angesichts der ungeheuren Belastung des Führers durch die unglückliche Lage«³⁸ Konzepte mit dem deutschen Diktator diskutieren konnte, die bei der außenpolitischen Isolation des Reiches und dem Frontverlauf des Januars 1945 eo ipso keine Realisierungschance mehr besaßen. Das Treffen endete mit einer erneuten Demütigung für den Norweger. Werner Best, der deutsche Reichsbevollmächtigte in Dänemark, berichtet von einem

tief deprimierten Quisling, der von Hitler bei seinem letzten Besuch »schlecht behandelt und mit seinen Wünschen schroff zurückgewiesen worden war«.³⁹ Bei dieser Sachlage kann man es nur als Hohn bezeichnen, wenn in einem Pressebulletin vom 29.1.1945 die Selbständigkeitserklärung für Norwegen nach einem deutschen Sieg⁴⁰ wiederholt wurde.

Auf den *Entwurf Europa-Pakt* sollte Quisling im übrigen während des Prozesses, den ihm die norwegische Nachkriegsregierung machte, zurückkommen. Aber der Gefangene berief sich vergeblich auf seinen Entwurf, denn die Anklagebehörde beteuerte, ihr sei das Dokument nicht bekannt. So mußte Quisling seine Verteidigung ohne das für ihn wichtige Schlüsseldokument führen. In seiner Abschlußrede bezeichnete er den *Entwurf Europa-Pakt*, »den herbeizuschaffen wohl keine Schwierigkeit hätte bereiten sollen, da er in mehreren Exemplaren vorlag«, als »die wirkliche Diskussionsgrundlage für die künftige Ordnung in Europa«.⁴¹

Quislings germanisch-europäischer Traum, der sich im Januar 1945 endgültig in Nichts aufgelöst hatte, wurde von der Mehrzahl seiner Anhänger geteilt. Der norwegische Dichter Knut Hamsun etwa ging wie selbstverständlich davon aus, daß Hitler einen europäischen Staatenbund aufbauen werde, ein System freier Völker in friedlicher Gemeinschaft, dem selbst England, Rußland und die USA beitreten könnten und das den »Weltsozialismus« verwirklichen werde.⁴² Und Einar J. Rustad, der Leiter der Auslandsabteilung der NS-Jugendorganisation, schrieb 1944 optimistisch, jeder vernünftige Politiker sei sich darüber im klaren, »daß eine germanische und europäische Sendung ausschließlich dann durchführbar ist, wenn man die nationalen Eigenarten aufrecht hält und wenn man den Nationen ein so großes Selbstbestimmungsrecht gibt wie möglich, ohne den gemeinsamen Interessen zu schaden«.⁴³ Die allerletzte öffentliche Beschwörung des autoritären Europagedankens fand schließlich im Januar 1945 statt, als der norwegische Innenminister Vasbotten auf der Tagung des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts in Weimar (vgl. Dok. Nr. 26) ein längeres Referat zum Thema *Europäische Gemeinschaft und europäisches Gemeinschaftsrecht* hielt (Dok. Nr. 55). Vasbottens Bekenntnis zu einem Bund gleichgestellter europäischer Völker konnte die trübe

Kriegsrealität des in Agonie liegenden Reiches und seiner Verbündeten nicht mehr aufhellen.

Zieht man ein Fazit der germanisch-europäischen Pläne Vidkun Quislings und seiner Nasjonal Samling, so wird man zu dem Schluß kommen, daß das von der alliierten Propaganda verbreitete und bis heute gültige Bild vom hörigen und schäbigen Verräter Quisling nicht zutrifft. Die Gestalt Quislings ist vielmehr wesentlich komplexer als diese Propagandaschablone, denn er war weder ein fanatischer Rassist noch ein Ausverkäufer nationaler Interessen, und »von Hitlers Zielen verstand er überhaupt nichts«. ⁴⁴ Bereits 1930, noch vor Hitlers Machtergreifung, hatte er sich auf seine nordischen Föderationspläne festgelegt, betrachtete er Deutschland als den natürlichen Schutzwall gegen den Bolschewismus. »Nachdem er ideologisch und außenpolitisch seinen Weg gewählt hatte, folgte er ihm mit der starren Folgerichtigkeit seines unbeweglichen, schwerfälligen Wesens.« ⁴⁵

Vidkun Quisling: Ein Friedensappell, 11.10.1939

Am 11. Oktober 1939 sandte Vidkun Quisling folgendes Telegramm an den britischen Ministerpräsidenten Mr. Chamberlain: Da ich von 1927 bis 1929 den Auftrag hatte, die britischen Interessen in Rußland zu vertreten¹, erlaube ich mir, mich an Ew. Exzellenz zu wenden, und ich bin gewiß, daß ich die Gedanken fast aller Menschen in den nordischen Ländern ausspreche, wenn ich sage, daß man den Bruderkrieg zwischen Großbritannien und Deutschland mit dem Bolschewismus als tertius gaudens gerade in unserem Lande als besonders tragisch empfindet, das sowohl mit Großbritannien wie mit Deutschland so nahe verwandt ist.

Ihre Erklärung vom 30. September 1938², betreffend das Verhältnis zwischen England und Deutschland und dessen entscheidende Bedeutung für Europas friedliche Entwicklung, machte hier einen starken Eindruck, und wir sind überzeugt, daß es heute um die Frage geht, Europa und die Zivilisation durch einen Frieden im Geiste Ihrer Erklärung zu retten.

Der einzig mögliche Weg, dies zu verwirklichen, ist die Verschmelzung britischer, französischer und deutscher Interessen in einem europäischen Bund, um eine Interessengemeinschaft und Zusammenarbeit zu schaffen, die allen Teilen möglich ist. Die Initiative hierzu sollte von Großbritannien ausgehen.

Unter diesen Umständen und im Hinblick auf die Leiden, die der Krieg auch über die neutralen nordischen Länder bringt, appelliere ich ehrerbietigst an Ihre außergewöhnliche Autorität und Ihr Verantwortungsgefühl und erlaube mir folgenden Vorschlag: Die britische Regierung lädt in Anlehnung an die bewährte Methode der Föderationen von Amerika, Südafrika und Australien jeden europäischen Staat ein, zehn Vertreter für einen Kongreß zu ernennen, welcher den Auftrag erhält, eine Verfassung für einen *Bund* der europäischen Nationen vorzubereiten, um sie jedem Lande zur Anerkennung oder Ablehnung durch Volksabstimmung vorzulegen.

Sie sind der einzige Staatsmann, der im gegenwärtigen Zeitpunkt Europa zu Frieden und Vernunft zurückführen kann.

Quisling CBE³

¹ Quisling war von Mai 1927 bis Dezember 1929 Gesandtschaftsrat an der norwegischen Botschaft in Moskau und vertrat während dieser Zeit die britischen Interessen in der Sowjetunion.

² Erklärung im Anschluß an die Münchener Konferenz.

³ CBE = Commander of the British Empire. Quisling hatte diese hohe britische Auszeichnung für seine Verdienste während der Moskauer Zeit erhalten. In der deutschen NS-Ausgabe von 1942 wurde der Zusatz CBE bezeichnenderweise weggelassen.

Quelle:

Quisling ruft Norwegen! Reden und Aufsätze, München 1942, S. 82–83

Vidkun Quisling: Denkschrift über die Regelung des Verhältnisses zwischen Norwegen und Deutschland, 25.10.1940

[Begleitschreiben Quislings an Stabsleiter Schickedanz hier nicht abgedruckt]

Denkschrift über die Regelung des Verhältnisses zwischen Norwegen und Deutschland

Als Ziel für die Neuordnung zwischen Norwegen und Deutschland steht die Verwirklichung des großnordischen Bundes fest. Die Schlüsselstellung Norwegens macht sogar die Regelung des Verhältnisses zwischen Norwegen und Deutschland als Grundlage der Bildung eines solchen Bundes. Es ist daher, wie mehrmals früher betont, von der größten Wichtigkeit, sobald als irgend möglich zum Frieden und zu normalen Verhältnissen zwischen Deutschland und Norwegen zu kommen, um somit die Grundlage für den großgermanischen Bund überhaupt zu schaffen.

In Anbetracht der ungeheuren Umstellung in der bisher gewohnten Denkweise, sowohl in Norwegen als auch in den übrigen Ländern Skandinaviens und in der Welt, die eine solche Neuordnung voraussetzt, ist es unbedingt notwendig, eine Übergangsordnung zu schaffen, die die volle Zustimmung sowohl des norwegischen Volkes als der übrigen skandinavischen Länder findet.

Eine solche Übergangsordnung müßte durch die folgenden Maßnahmen geschaffen werden:

- 1.) Eine selbständige norwegische NS-Regierung muß gebildet werden, mit dem Führer der NS¹ als Riksforsander (Reichsverweser).
- 2.) Die Stellung des Reichskommissars² muß, wie schon früher mit dem Führer für einen solchen Fall besprochen wurde, durch die Bestellung eines außerordentlichen Bevollmächtigten oder eines Sonderbeauftragten des Deutschen Reiches ersetzt werden.
- 3.) Die Neutralität Norwegens muß wiederhergestellt und von Deutschland anerkannt werden.
- 4.) Deutschland behält während der Dauer des Krieges mit England

das Recht, die nötigen militärischen Verfügungen und Maßnahmen in Norwegen zu treffen auf Grundlage des Neutralitätsbruches Englands und Frankreichs Norwegen gegenüber.

5.) Die Friedensverhandlungen und die Verhandlungen über die Verwirklichung des großgermanischen Bundes werden sofort unter der Hand aufgenommen, damit eine Einigung erzielt wird, bevor offizielle Verhandlungen einsetzen.

Wir sind berechtigt zu glauben, daß ein solches Vorgehen die Erreichung des Endzieles zweifellos sehr beschleunigen würde. Die Wirkung in Norwegen und in den skandinavischen Ländern würde eine überaus günstige sein.

Es wird auch sehr dazu beitragen, den jetzigen Einfluß des abgesetzten Königs³ und der abgesetzten Regierung⁴ endgültig zu liquidieren, und es ermöglichen, einen Einfluß auf die norwegische Handelsflotte im Auslande zu bekommen, die jetzt jedem Einfluß aus Norwegen entzogen ist. Am 7.10.40 waren es mehr als 3 600 000 Tonnen, welche sich außerhalb der von den Achsenmächten beherrschten Gebiete befanden.

Auch die Rückwirkung auf die sehr einflußreiche, mehrere Millionen starke norwegische und skandinavische Bevölkerung in Amerika würde groß und vorteilhaft sein.

Die beschleunigte Errichtung einer NS-Regierung und einer Reichsverweserschaft ist um so mehr notwendig, als NS doch bereits als der maßgebende Machtfaktor in Norwegen betrachtet wird und das norwegische Volk mit großer Sehnsucht die Zurückziehung der deutschen Zivilverwaltung herbeiwünscht, welche die volle Schlagkraft der nationalen Bewegung einschränkt.

In der Meinung des Volkes trägt jetzt NS die ganze Verantwortung, ohne die entsprechende Bewegungsfreiheit zu haben.

Unsere Meinung geht also dahin, daß die obengenannte Zwischenordnung baldmöglichst geschaffen werden muß und daß im Zusammenhang damit die Überlegungen betreffs der Friedensbedingungen und der Gestaltung des großgermanischen Bundes gleichzeitig beginnen müssen.

Nachstehend wollen wir die Hauptpunkte des Bundes kurz skizzieren:

1.) Norwegen bleibt ein freies, unteilbares und unabhängiges Reich, verbunden mit dem Großdeutschen Reiche in einem großnor-

dischen Bunde. Die territoriale Integrität und nationale Freiheit Norwegens wird vom Großdeutschen Reich garantiert.

2.) Gemeinsame Ausrichtung der Außenpolitik.

3.) Das deutsche Oberkommando der Wehrmacht fungiert als Bundesoberkommando.

Die Kriegsmarine und die Luftwaffe sollen gemeinsam sein. Ein nationales norwegisches Heer wird errichtet als Heimatverteidigung im Rahmen der Bundeswehrmacht.

4.) Der Bund wird eine gemeinsame Bundesflagge führen, die norwegische Handelsflagge und Nationalflagge bleiben bestehen.

5.) Der deutsche Führer und Reichskanzler ist Bundespräsident.

6.) Die Bundesregierung wird gebildet durch das engere deutsche Kabinett, verstärkt durch einen oder zwei Minister für Norwegen (Norweger).

7.) Ein deutscher Gesandter kommt als Bundeskommissar nach Oslo.

8.) Norwegen wird regiert durch einen norwegischen Reichsverweser und eine selbständige nationale Regierung (alle norwegische Staatsangehörige).

9.) Norwegen errichtet eine eigene norwegische Nationalversammlung, aufgebaut auf die nationale Wirtschaft und das Kulturleben.

10.) Enge Zusammenarbeit der deutschen und der norwegischen nationalen Bewegung (NSDAP und NS).

11.) Stabilisierung der norwegischen Währung auf Grundlage der Reichsmark und Berlin als multilaterales Verrechnungszentrum (Clearingzentrale).

12.) Allmählicher Abbau der Zollgrenzen und wirtschaftliche Solidarität.

13.) Gemeinsame Regelung und Ausbau des zwischenstaatlichen Verkehrs.

14.) Gegenseitiges Verkehrs-, Wohnsitz- und Arbeitsrecht für Staatsangehörige der beiden Staaten; jedoch können deutsche Staatsangehörige nicht ohne Konzession der norwegischen Regierung Grund und Boden in Norwegen erwerben.

15.) Zusammenarbeit mit den übrigen nordischen Ländern steht Norwegen frei, soweit es dem Bundesabkommen nicht widerspricht.

Anmerkungen:

¹ NS = Nasjonal Samling

² Reichskommissar Josef Terboven, eingesetzt im April 1940

³ König Haakon VII (1872–1957), von 1940–45 im englischen Exil

⁴ Kabinett Nygaardsvold

Quelle:

ADAP, Serie D, Bd. IX. 2, Dok. Nr. 233, S. 337–339

**Vidkun Quisling: Denkschrift über die russische Frage,
2.2.1943 (Auszüge)**

Abschrift

Geheim

Denkschrift über die russische Frage

1. *Europa neuzuordnen und zu vereinen*, tritt in dieser Auseinandersetzung der Welt sowohl als das wichtigste *Kriegsmittel* wie das wichtigste *Kriegsziel* hervor. Wir führen den Krieg nicht nur um England und Amerika zu schlagen, sondern um die Grundlage eines neuen und geeinigten Europa unter germanischer Führung zu legen. Zugleich ist aber ein solches Kontinentalsystem, mit dem ostasiatischen Großraum Japans verbunden, das Mittel, um zusammen mit den Leistungen der U-Boot-Waffe die Seemacht Englands und Amerikas zu brechen und den Krieg zu gewinnen.

Für die Achsenmächte, in erster Linie Deutschland, geht es darum, Europa gegen England und Amerika zu vereinen. Schon hat sich Deutschland stufenweise die westliche Hälfte des Kontinents gesichert, um jetzt mit dieser Basis die östliche Hälfte, Rußland, zu erobern. Das ist die Grundlage eines siegreichen Krieges gegen England und Amerika.

Die Bolschewisten in Moskau hegen auf ihre Weise analoge und noch weitergehende Pläne. Schon lange Herren über Rußland, suchen sie jetzt Westeuropa zu unterjochen und zu bolschewisieren, um dann im Zeichen der Weltrevolution das gesamte bolschewistische Europa gegen ihre jetzigen Alliierten, England und Amerika, zu verwenden.

In Rußland wird das Schicksal der Welt entschieden. Die russische Frage ist die Hauptfrage der heutigen Weltpolitik. Man muß alles von diesem Gesichtspunkt aus beurteilen, und alle Kräfte müssen so weit wie möglich gegen diesen Schwerpunkt konzentriert werden. Es geht darum, den Krieg in Rußland zu gewinnen und das Land für unsere Ziele in Besitz zu nehmen.

2. Rußland aber ist ein Land, das man nicht mit den Kräften der jetz-

gegen europäischen Staaten förmlich erobern und besetzt halten kann, *ohne dabei die Unterstützung der Bevölkerung* heranzuziehen. Auch die gewaltige Kraft Deutschlands könnte hierzu nicht ausreichen, da gemäß der Erfahrungen über das Stärkeverhältnis für eine dichte Okkupation, wie es in Rußland unter den gegebenen Umständen notwendig wäre, die Besetzung von ganz Rußland rund 100 Mann für 10 000 Einwohner fordern würde, d. h. beinahe zwei Millionen Mann für eine dauernde Okkupation und für die Eroberung natürlich viel mehr. Ein solches Land mit seiner Größe und seinem Klima kann nur durch die Wirkung inneren Zwiespaltes bezwungen und durch die Schaffung einer nationalen verbündeten Regierung gehalten werden.

Nach Trafalgar, als die Invasionspläne gegen England und Ägypten aufgegeben werden mußten, hat *Napoleon* zum Kontinentalsystem gegriffen, um England zu bezwingen. Er wollte das Festland für die Engländer schließen, um ihren Handel zu zerstören und Europa gegen sie zu vereinigen. Das Bündnis mit Rußland war die Grundlage dieser Politik. Als dieses von Rußland gebrochen wurde, mußte es mit Gewalt durch Krieg wiederhergestellt werden. Rußland aber war, wie *General Clausewitz* in seinem Buch »Vom Kriege« hervorhebt, schon damals ein Reich, das man nur durch Ausnutzung seiner inneren Gegensätze und Schwächen und nicht allein rein militärisch bezwingen konnte, auch nicht mit den 500 000 Mann, die *Napoleon* dazu herangeführt hatte. Man hat ihm u. a. vorgeschlagen, durch Ausnutzung des Freiheitswillens der Landbevölkerung den größten Teil des russischen Volkes zur Erhebung gegen die eigene Regierung zu bringen, und die Bauern einer großen Anzahl von Dörfern haben ihn darum gebeten. Er hat es abgelehnt, angeblich angesichts der Greuel und Wirren, die das Loslassen dieser rohen und unkultivierten Massen über das Land bringen würde. Er kannte aus eigener Erfahrung die französische Revolution. Nach dem Rußlandfeldzug sagte er aber zu seinem früheren Botschafter in Petersburg: »Ich habe mich geirrt, nicht über das Ziel und die politische Zweckmäßigkeit dieses Krieges, aber über die Weise, ihn zu führen.«

Im ersten Weltkrieg wurde ja die Macht Rußlands zuletzt auch durch politische Mittel gebrochen und nicht nur durch die mili-

tärische Waffe. Leider wurde aber nur von den Bolschewisten und nicht von Deutschland ganze Arbeit getan.

Um den Sieg im Osten zu erkämpfen, muß man den Krieg in Rußland gleichzeitig mit politischen und militärischen Waffen führen. Man muß auf die schwachen politischen Stellen der Bolschewistenherrschaft stoßen, den Krieg zu einem Befreiungskrieg vom bolschewistischen Joch gestalten und *Moskau jede Möglichkeit nehmen, den Krieg als einen nationalen Verzweiflungskampf für Boden, Freiheit und Vaterland herauszustellen.*¹ Mit anderen Worten: es besteht die dringende Notwendigkeit, auch in Rußland eine ähnliche Kriegspolitik einzuleiten wie die National-China-Politik, die Japan augenscheinlich nicht ohne Erfolg in Ost-Asien praktiziert. *Man muß eine nationale Gegenregierung gegen die Sowjetunion gründen, so wie in China eine nationale Gegenregierung gegen das Tschungking Regime gebildet wurde.*²

3. Eine solche Politik muß sich in Rußland mit ihrem Schwergewicht auf das eigentliche Rußland, d. h. auf das russische Staatsvolk, das Groß-Russentum, stützen.

Wollte man sich dabei ausschließlich auf die nationalen Minoritäten stützen, so ist dies das gleiche, als würde man ein Gewehr an der Spitze seines Bajonettes aufheben wollen. Selbstverständlich müssen auch die Minoritäten zum Kampf gegen den Bolschewismus mobilisiert werden, nicht nur die Randvölker im Westen an den Grenzen Europas, sondern auch die kaukasischen Völker, die finnischen und türkisch-tatarischen nationalen Minderheiten. Das Hauptgewicht muß aber auf das eigentliche Rußland gelegt werden, denn dort liegt der Schwerpunkt des Bolschewismus, ja sein Herd und seine Basis. Sich darauf zu beschränken, allein die nationalen Minoritäten gegen den Bolschewismus zu mobilisieren, würde zu keinem dauerhaften politischen Ergebnis führen, *sondern ganz im Gegenteil gerade den Bolschewisten noch größere Gelegenheit geben, den russischen (groß-russischen) Nationalismus in ihrem Dienste auszunutzen.* [...]

Deutschland, Rußland und Japan sind natürliche Alliierte gegen die anglo-sächsischen jüdischen Weltmächte. Wenn Rußlands große asiatische Interessen, und dies sind die wirklich großen In-

teressen Russlands, betont werden, dann tritt sofort England als der gegebene Feind hervor. Graf *Witte*³, Rußlands bekannter Ministerpräsident, sagte: »England ist unser Hauptfeind, wie es immer ein Gegner jeder freiatmenden Großmacht gewesen ist.« Die Aufgabe ist deshalb, die nationalen Kräfte Rußlands zum Kampf gegen den Bolschewismus zu mobilisieren und den Krieg im Osten möglichst viel mit den eigenen Kräften des Landes zu führen. Anstatt gegen Deutschland im naturwidrigen und zerstörenden Kriege für England und das Judentum zu kämpfen, muß sich Rußland gegen England und das Judentum wenden, die beide sein Unglück gewesen sind. Mit anderen Worten: Man muß im Osten einen Kräftezuschuß für die Kriegführung schaffen und nicht einen immer zunehmenden und zum Schluß vielleicht verhängnisvollen Kräfteverbrauch.

Selbstverständlich muß gleichzeitig die notwendige wirtschaftliche Zusammenarbeit gesichert werden und eine Ordnung geschaffen, die die russische Gefahr beseitigt oder begrenzt und die Grundlage einer zukünftigen friedlichen Zusammenarbeit zwischen den zwei Hälften Europas bilden kann.

Die Rekonstruktion der geschichtlichen Politik Bismarcks in moderner und entwickelter Form ist: *einen großen europäischen Festlandsblock* zu schaffen, bestehend aus einer westeuropäischen und einer osteuropäischen russischen Hälfte, im Bunde mit Japan und gegen die judenbestimmten westlichen Plutokratien. 500 Millionen Menschen unter germanischer Führung in einem selbstversorgten Weltraum mit starken natürlichen Grenzen und einer zentralen geopolitischen Lage.

Die glückliche Durchführung dieses europäischen und groß-germanischen Gedankens wird sowohl den Sieg *bringen* als auch den Sieg *sichern*. Napoleon stand vor einer ähnlichen Aufgabe, aber er irrte sich und fiel. Man kann die Nationen Europas nicht gleichzeitig sammeln und bezwingen, und man kann – wie schon hervorgehoben – Rußland nicht durch einen Angriffskrieg gegen das russische Volk Herr werden. Europa muß gesammelt und zufriedengestellt werden durch rechtzeitige Zugeständnisse an die nationale Freiheit und Selbständigkeit der einzelnen Staaten und Völker, und auch das russische Volk, in erster Linie das eigentliche nationale Rußland, muß als aktiver Teilnehmer herangezogen werden.

Deutschland mit 80 Millionen Deutschen würde auf die Dauer einen sehr schwierigen Stand haben in einem blockierten Europa, in dem man den Engländern und den Bolschewisten die Möglichkeit ließe, mit den erwachten nationalen Gefühlen von 300–400 Millionen Europäern und Russen *gegen Deutschland zu spielen*. [...]

1. Nach der hier vorgeschlagenen Ordnung werden also von Rußland geschieden Ost-Karelien, Estland, Lettland, Litauen, Weiß-Ruthenien, die West-Ukraine, Bessarabien, die Krim, Georgien, Armenien, und Aserbeidschan mit insgesamt rund 50 Millionen Einwohnern. Es bleibt ein Rußland von rund 20 Millionen qkm und mit rund 140 Millionen Einwohnern gegen rund 360 Millionen in West-Europa (ohne die britischen Inseln). Mit diesem Rußland, das so immer noch alle Voraussetzungen dafür hat, eine Weltmacht zu sein, müssen wir operieren. Es geht darum, es vom Bolschewismus zu befreien und als aktiven Bundesgenossen in das große europäische Kontinentalsystem einzuschalten, wo sein Platz naturgemäß ist.

Es ist keine Übertreibung, zu behaupten, daß der Ausgang des Krieges von einer glücklichen Lösung dieser Aufgaben abhängen kann.

2. Um dies zu erreichen, muß für *diese Ostgebiete eine nationale russische Bundesregierung* gebildet werden, die das russische Land unter einheitlicher Führung gegen den Bolschewismus zusammenfassen kann. Dieser Regierung muß die Propaganda gegen den Bolschewismus in Rußland überlassen werden, und sie muß national wirtschaftlich so weit freie Hände bekommen, daß sich die nationalen Schichten der Bevölkerung an die Regierung anschließen. Der Sitz dieser nationalen russischen Bundesregierung müßte *Kiew* oder eine der größeren Städte auf russischem Boden sein, solange Moskau oder Petersburg nicht genommen ist. [...]

Hat sich die nationale russische Bundesregierung mit deutscher Hilfe etablieren können und ihre Stellung befestigt, muß zwischen ihr, den Achsenmächten und ihren Verbündeten Frieden geschlossen werden. Ein deutscher Botschafter wird bei der russischen Regierung akkreditiert und ein enges *Bündnis zwischen Deutschland und Rußland* eingegangen. In der weiteren Entwicklung wird sich die

nationale russische Bundesregierung den Dreimächtpakt [sic] angliedern und dazu übergehen, ein nationales Heer unter deutscher Führung zu organisieren. [...]

Wir leben in einer Periode, in welcher sich Weltmächte bilden und miteinander auseinandersetzen. Rußland mit seinem 100 Millionen Russenvolk, das sich so schnell vermehrt und dem ein so weiter und reicher Raum zur Verfügung steht, ist seine Stellung als Weltmacht vorausbestimmt und für immer gesichert. Dieser Tatsache gegenüber hat West-Europas zersplittertes Festland nur eines zu tun. West-Europa muß sich unter germanischer Führung einheitlich in irgendeiner Form als eine Weltmacht konstituieren und mit Rußland ausgleichen. Deutschland und Germanien müssen mit Rußland in einer germanisch-slawischen Weltmacht zusammengehen, das groß-germanische Weltreich, das mit Italien, Frankreich und Iberien die groß-europäische Kontinentalmacht und mit Japan und Ostasien die Grundlage für die neue Weltordnung bilden soll.

Dieses groß-germanische, europäische Weltreich ist nur die Wiederaufnahme eines politischen Entwicklungsprozesses, welcher Jahrhunderte hindurch angedauert hat und u. a. im historischen Drei-Kaiser-Bund⁴ und im Bismarckschen System Ausdruck gefunden hat. Im tiefsten Grunde ist es auch die Wiederaufnahme des Erbes des römischen Imperiums auf europäischem Boden, wobei die Germanen die Rolle der alten Römer übernommen haben und Berlin Rom, Moskau Byzanz vertritt. [...]

Oslo, den 2. Februar 1943

gez. Quisling

F. d. R. d. A.

SS-Untersturmführer

Anmerkungen:

¹ Stalins Proklamierung des »Großen Vaterländischen Krieges« in Verbindung mit der hybriden nationalsozialistischen Kolonialpolitik gab dem Ostfeldzug eben jenen russisch national-patriotischen Charakter, den Quisling vermeiden wollte.

² Errichtung einer japanfreundlichen chinesischen Gegenregierung unter Wang Tsching-Wei in Nanking 1940.

³ Graf Sergei Juljewitsch Witte (1849–1915), 1892–1903 Finanzminister,

1903–1905 Vorsitzender des Ministerrates, 1905/06 konstitutioneller Ministerpräsident.

⁴ Von Bismarck herbeigeführte Verständigung zwischen Rußland, Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich, die 1881 erneuert wurde.

Quelle:

Archiv Autor. Die gesamte Denkschrift (ohne das Anschreiben des Chefs des SS-Hauptamtes an Himmler vom 1. März 1943) umfaßt 29 Seiten. Hier abgedruckt sind Teile der Seiten 1–4, 6–7, 14–15, 16 und 21.

Vidkun Quisling: Entwurf Europa-pakt, 1944

Europa-pakt.¹

Zum Schutze Europas, sowie zur Pflege der Wohlfahrt der europäischen Völker und zur Förderung einer gerechten Ordnung und des dauernden Friedens in Europa schliessen die folgenden europäischen Staaten, welche jeder für sich freie und selbständige Staaten verbleiben:

Das Grossdeutsche Reich mit Böhmen-Mähren und Polen, Norwegen, Dänemark und Schweden, Frankreich, Belgien und Niederland, Italien, Ungarn, Slowakei und Rumänien, Kroatien, Serbien, Bulgarien, Griechenland und Albanien nachstehenden

Pakt.

Artikel I.

Es wird zwischen den europäischen Staaten ein Bündnis errichtet mit dem Führer des Grossdeutschen Reiches als *Bundespräsident* und mit einem *Europäischen Kongress* als zentrale oberste Verbindungsinstanz.

Dieses Bündnis wird den Namen: *Europäische Völkergemeinschaft* führen.

Der Europäische Kongress soll bestehen aus den Regierungschefs (bzw. Stellvertretern der Regierungschefs) der in Betracht kommenden europäischen Staaten mit je einem oder mehreren Ministern ihrer Regierungen oder anderen hierzu nach der Gesetzgebung des betreffenden Staates ernannten Delegierten.

Jeder Staat soll nicht weniger als zwei und nicht mehr als sieben Vertreter im Kongress haben.

Artikel II.

Der Europäische Kongress wählt einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten für jedes Kalenderjahr sowie einen ständigen Generalsekretär für die verwaltungsmässigen und ausübenden Geschäfte.

Der Präsident, der Vizepräsident und der Generalsekretär machen zusammen das Präsidium des Kongresses aus.

Artikel III.

Die betreffenden Delegationen nehmen ihre Sitze im Europäischen Kongress ein als Repräsentanten vollkommen gleichberechtigter und selbständiger Staaten.

Bei Entscheidungen, welche eine Abstimmung notwendig machen, führen die Mitgliedstaaten je eine Stimme. Die für alle Vertragsmitglieder bindende Entscheidung erfolgt durch Stimmenmehrheit, wo bei Stimmgleichheit der Vorsitzende den Ausschlag gibt.

Artikel IV.

Als Mitglied des Europäischen Kongresses verkehrt jeder der betreffenden Regierungschefs unmittelbar mit einander und mit dem Bundespräsidenten, dem Kongresspräsidenten und dem Generalsekretär. Die betreffenden Regierungschefs, beziehungsweise der Bundespräsident, der Kongresspräsident oder der Generalsekretär entscheiden selbst welche Fragen die betreffenden in dieser direkten Weise aufnehmen wollen.

Artikel V.

Der Sitz des Europäischen Kongresses soll Wien sein, sofern der Kongress selbst nicht anders bestimmt.

‡

Artikel VI.

Der Europäische Kongress bestimmt ein Reglement für die Leitung der Geschäfte, bildet einen Zentralausschuss für die allgemeine Leitung der politischen Arbeit, einen Organisationsausschuss für die allgemeine Leitung der organisatorischen Arbeit, sowie die notwendigen anderen Ausschüsse, und organisiert ein Generalsekretariat für die laufenden und ausübenden Geschäfte. In jedem Ausschuss werden in der Regel ausser Deutschland mindestens vier Staaten vertreten sein. Innerhalb aller Ausschüsse führt jedes Mitglied des Ausschusses eine Stimme.

Artikel VII.

Der Europäische Kongress hält seine Plenarsitzungen in der Regel

in September jedes Jahres, ausserordentliche Sitzungen wenn der Bundespräsident es für zweckmässig erachtet, oder wenn es von wenigstens ein drittel der Vertragsmitglieder gewünscht wird. Dem Bundespräsident steht es zu den Kongress zu berufen, zu eröffnen und nach Beendigung seiner Verhandlungen zu schliessen.

Artikel VIII.

Zur Sicherung der Kontinuität der Arbeit des Europäischen Kongresses und der notwendigen ständigen Fühlungnahme in wichtigen Fragen von gemeinsamen Interesse ernennen die Regierungschefs der betreffenden ausserhalb Deutschlands belegenen Staaten je einen ständigen oder zeitweiligen Vertreter beim Kongresse. Diese vertreten die betreffenden Regierungschefs in deren Abwesenheit in der Zeit zwischen den Sitzungen des Europäischen Kongresses.

Artikel IX.

Als grundsätzliches Prinzip für die europäische Neuordnung soll gelten, dass jeder europäische Staat vollkommene Selbständigkeit in seinen inneren Angelegenheiten behält. In Bezug auf Verteidigung, Aussenpolitik und Wirtschaftsfragen soll eine zentrale Gemeinschaftsorganisation gebildet werden, welche die Aufgabe haben soll die Tätigkeit der betreffenden Staaten auf diesen Gebieten zu koordinieren.

Jeder Staat ist verpflichtet diejenigen Gesetze und Verordnungen die nicht mit diesem Pakt in Übereinstimmung sind, aufzuheben oder abzuändern. Die Gültigkeit von regionalen Verträgen innerhalb der europäischen Neuordnung z. B. zwischen den nordischen und germanischen Reichen wird von diesem Pakt nicht berührt, müssen jedoch nicht gegen die Prinzipien dieses Paktes verstossen. In allen anderen als den gemeinsamen Angelegenheiten welche in diesem Pakte festgesetzt sind oder nach den Bestimmungen dieses Paktes beschlossen werden, gelten in jedem Staat dessen selbständige und besondere Staatsverfassung und Verwaltung, die eigene Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit und die eigenen Institutionen.

Artikel X.

Die Ausgaben, welche die Tätigkeit des Europäischen Kongresses bedingen, werden auf die Vertragspartner verteilt im Verhältnis zu

der Bevölkerung der betreffenden Staaten in vollen Millionen gerechnet, überseeische Besitzungen nicht mitgerechnet.

Der Kongress kann diese Quoten durch direkte Besteuerung der Staatsbürger der betreffenden Staaten ausheben und wenn nötig die Schulden durch Pfändung eintreiben.

Artikel XI.

Zu Veränderungen dieses Vertrages ist die Zustimmung zwei drittel der Vertragsmitglieder erforderlich.

Artikel XII.

Dieser Pakt tritt sofort in Kraft sobald er von dem Grossdeutschen Reich und vier anderen europäischen Staaten ratifiziert worden ist. Die weiteren europäischen Staaten werden als Vertragspartner mit der Ratifizierung durch die betreffenden Regierungen automatisch aufgenommen.

Anmerkungen:

¹ Um die Authentizität des Dokuments zu erhalten, wurden die im Originaltext enthaltenen orthographischen und grammatikalischen Fehler nicht korrigiert.

Quelle:

Archiv Autor. Die norwegische Fassung dieses Dokuments findet sich in: Vidkun Quislings forsvarstale i lagmansretten 1945. Utgitt i anledning hans hundreårsdag 18. Juli 1987, Oslo 1987, S. 107–113.



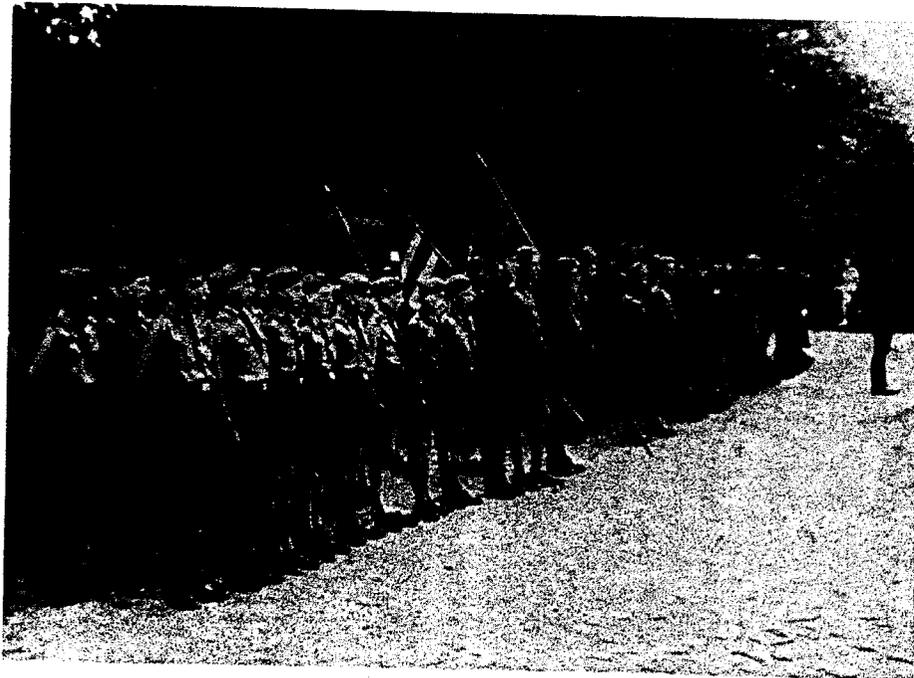
Vidkun Quisling, Führer der Nasjonal Samling und ab 1.2.1942 norwegischer Ministerpräsident, auf einem Foto aus dem Jahr 1941 (Archiv Autor)



Arnvid L.B. Vasbotten, vom 27.11.1944 bis Kriegsende Innenminister im Kabinett Quisling (Archiv Autor)



Quisling zusammen mit skandinavischen Gesinnungsgenossen, dem Dänen Frits Clausen und dem Schweden Sven Olof Lindholm (Bjørn Østring)



Der Mythos von der nordischen Gemeinschaft: Norwegische NS-Jugend besucht deutsche HJ in Mecklenburg, 1941 (Archiv Autor)



Quisling im Kreis norwegischer und deutscher Funktionäre auf einer Versammlung der »Germanischen Volksgemeinschaft« (Bjørn Østring)

- Bertin Bd. 1 a.a.O. S. 199
- ¹⁵ Schreiben Himmlers an Seyß-Inquart vom 7.1.1941, IfZ Archiv MA 290, Bl. 1035; zum annexionistischen Kurs der SS vgl. a. Schreiben des Gesandtschaftsrats Wickel an Unterstaatssekretär Luther vom 11. Mai 1942, ADAP, Serie E, Bd. II, Dok. Nr. 198, S. 338–340
- ¹⁶ Dieses »Abnutzungs-Prinzip« wurde nicht von allen Dienststellen des Reiches gutgeheißen. So lehnte der Schweizer SS-Obersturmbannführer Riedweg, der Chef der Germanischen Leitstelle, diese Strategie im Interesse »einer germanischen Reichspolitik« ab, vgl. Ursachen und Folgen, 18. Band a.a.O. S. 295
- ¹⁷ Bericht des Vertreters des Auswärtigen Amtes beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Bene, an das AA vom 1.10.1941, ADAP, Serie D, Bd. XIII, 2, Dok. Nr. 373, S. 491; die Schlußfolgerung Benes, es sei »ein selbständiger Staat Niederlande im Germanischen Reich gewünscht«, ist nicht haltbar. Bene selbst hatte an der Besprechung Hitler/Seyß-Inquart nicht teilgenommen und stützte seinen Bericht auf die Ausführungen des Reichskommissars
- ¹⁸ Mussert, Vijf Nota's a.a.O. S. 61; Hirschfeld a.a.O. S. 188; in den ADAP, Serie E, Bd. I, Dok. Nr. 86, S. 156 findet sich ein hiervon abweichender Text der Eidesleistung, der in dieser Fassung nicht zutrifft.
- ¹⁹ Aufzeichnung des Reichsleiters Bormann vom 14.12.1942, ADAP, Serie E, Bd. IV, Dok. Nr. 284, S. 510–511
- ²⁰ Schreiben Rauters an Himmler vom 14.11.1942, IfZ Archiv MA 328, Bl. 2046
- ²¹ Vgl. Schreiben Rauters an Himmler vom 17.12.1942, IfZ Archiv MA 331, Bl. 4848–4851
- ²² Vgl. zum folgenden P. E. Keuchenius, Germanischer Aufbruch. Holland im Sturm seiner Schicksalswende, Berlin 1941, S. 3; 23; 25
- ²³ Note über den politischen Zustand der Niederlande vom 17. Mai 1943, abgedruckt in: Mussert, Vijf Nota's a.a.O. S. 59–71
- ²⁴ Der Gesamttext der Rede findet sich im IfZ Archiv, MA 328
- ²⁵ Die Niederschrift über die Besprechung ist erhalten im IfZ Archiv, MA 340, Bl. 5790–5809; abgedruckt bei J. Ackermann, Heinrich Himmler als Ideologe, Göttingen-Zürich-Frankfurt 1970, S. 276–284
- ²⁶ Note über die politische Entwicklung in den Niederlanden vom 26.10.1943, abgedruckt in: Mussert, Vijf Nota's a.a.O. S. 75–93
- ²⁷ Hirschfeld a.a.O. S. 174
- ²⁸ Bertin Bd. 1 a.a.O. S. 208
- ²⁹ Meyers a.a.O. S. 240
- ³⁰ Meyers a.a.O. S. 274

Norwegen

- ¹ Aus einer Rede von V. Quisling, gehalten anlässlich des 8. Parteitages der Nasjonal Samling in Oslo im September 1942, vgl. Norwegen und die germanische Aufgabe in Europa, in: Zeitschrift für Politik, 12/1942, S. 794 f.
- ² Diesen Begriff verwendete Quisling in seiner Rundfunkansprache vom 26.9.1940
- ³ V. Quisling, Rußland und wir, Oslo 1942, S. 220 ff.
- ⁴ H.-D. Loock, Quisling, Rosenberg und Terboven, Stuttgart 1970, S. 105
- ⁵ Vgl. V. Quisling, A Nordic World Federation, in: The British Union Quarterly, vol. I, no. 1, January-April 1937, S. 96 f.; einige Absätze aus dem Artikel sind auch abgedruckt bei Loock a.a.O. S. 155–157

- ⁶ Quisling, A Nordic World Federation a.a.O. S. 92 f.
- ⁷ L. W. Doob (Hrsg.), »Ezra Pound speaking«. Radio Speeches of World War II, Westport-London 1978, S. 404
- ⁸ Martin, Friedensinitiativen und Machtpolitik a.a.O. S. 357
- ⁹ Wie Anm. 8
- ¹⁰ Loock a.a.O. S. 270
- ¹¹ H. Boehm, Norwegen zwischen England und Deutschland, Lippoldsberg 1956, S. 131
- ¹² ADAP, Serie D, Bd. XII, 1, Dok. Nr. 147, S. 214; H.-A. Jacobsen, Der Weg zur Teilung der Welt, Koblenz-Bonn 2. Aufl. 1979, S. 243
- ¹³ 6-seitiges Schreiben von Vidkun Quisling vom 2.8.1941, gerichtet an Reichsminister Dr. Lammers, Archiv Autor
- ¹⁴ Den Hinweis auf diese Rede Quislings verdankt der Autor Herrn P.O. Storlid, der die Arbeit des Verfassers durch zahlreiche Hilfen nachhaltig gefördert hat.
- ¹⁵ H. F. Knudsen, I was Quisling's Secretary, London 1967, S. 180; M. Quisling, Dagbok og andre efterlatte papirer, Oslo 1980, S. 141–142
- ¹⁶ Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Woermann vom 17.2.1942, ADAP, Serie E, Bd. I, Dok.Nr. 248, S. 468
- ¹⁷ Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Woermann vom 20.2.1942, ADAP, Serie E, Bd. I, Dok. Nr. 262, S. 494 f.
- ¹⁸ Der Text des Memorandums über die heutige innen- und außenpolitische Lage Norwegens findet sich im IfZ Archiv unter der Signatur MA 110; er ist abgedruckt bei Boehm a.a.O. S. 186–194
- ¹⁹ »Geheim«, Az. RK. 428 A g, IfZ Archiv, MA 110
- ²⁰ Aufzeichnung des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei Lammers vom 12.8.1942, ADAP, Serie E, Bd. III, Dok. Nr. 182, S. 307
- ²¹ Vgl. D. Eichholtz, Expansionsrichtung Nordeuropa, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1/1979, S. 23 ff.
- ²² Wie Anm. 20, S. 308
- ²³ ADAP, Serie E, Bd. III, Dok. Nr. 293, S. 500–501; Boehm a.a.O. S. 157 f.
- ²⁴ U. Noack, Norwegen zwischen Friedensvermittlung und Fremdherrschaft, Krefeld 1952, S. 36 ff.; 125 ff.
- ²⁵ Vgl. hierzu das Standardwerk von J. Hoffmann, Die Geschichte der Wlassow-Armee a.a.O.; Neulen, An deutscher Seite a.a.O. S. 338–352
- ²⁶ Eine Niederschrift über die Besprechung vom 19.4.1943 ist bisher nicht ermittelt worden
- ²⁷ Aufzeichnung des Regierungsrats Hagemann vom 16.4.1943, ADAP, Serie E, Bd. V, Dok. Nr. 310, S. 609–615; Neulen, An deutscher Seite a.a.O. S. 157
- ²⁸ Die Übersetzung dieser Textpassage hat freundlicherweise P. O. Storlid übernommen
- ²⁹ P. M. Hayes, Quisling, The Career and Political Ideas of Vidkun Quisling, Newton Abbot 1971, S. 291
- ³⁰ Vgl. The Irish Times vom 19.1.1951: Plan for Hitler-led Federation of Europe. Der Zeitungsausschnitt wurde dem Autor durch Herrn Odd V. Aspheim zugänglich gemacht, der dem Verfasser auch durch die Überlassung von anderen Unterlagen äußerst behilflich war.
- ³¹ The Irish Times vom 19.1.1951 a.a.O.
- ³² Schreiben von Himmler an Berger vom 28.2.1944. Der Reichsführer-SS, RF/M. 36/30/44g, Archiv Autor

- ³³ 13-seitige Denkschrift, Archiv Autor
- ³⁴ Schreiben des Reichsführers-SS, Chef des SS-Hauptamtes vom 13.4.1944 an Himmler, VS-Tgb.Nr. 264/44 geh. Der handschriftliche Vermerk Himmlers hierauf datiert vom 26.4.1944, Archiv Autor
- ³⁵ G. Lunde, Die nationale Revolution in Norwegen, in: Zeitschrift für Politik, 11/1941, S. 667
- ³⁶ Auf der dem Autor vorliegenden Fassung des Entwurfs Europa-Pakt, die aus dem Nachlaß von Maria Quisling stammt, befindet sich keine nähere Datierung. Das Datum 2.11.1944 ist erwähnt in der Zeitung The Irish Times vom 19.1.1951 a.a.O. sowie in der kleinen norwegischen Zeitschrift »8. Mai« vom 13. und 20.4.1951
- ³⁷ So jedenfalls The Irish Times vom 19.1.1951 a.a.O.
- ³⁸ So Berger in einem Schreiben an Himmler vom 6.2.1945 über die Besprechung Hitlers mit Quisling, IfZ Archiv MA 332, Bl. 6828
- ³⁹ W. Best, Betrifft: Vidkun Quisling, Manuskript vom 25.12.1948, S. 3, Archiv Autor
- ⁴⁰ Hayes a.a.O. S. 296; vgl. a. Knudsen a.a.O. S. 152
- ⁴¹ Dieser Teil der Verteidigungsrede ist abgedruckt in: Folk og Land, 33. Jg., 7/1984, S. 8
- ⁴² S. S. Nilson, Knut Hamsun und die Politik, Villingen 1964, S. 216 f.
- ⁴³ E. J. Rustad, Hva betyr en germansk samling for Norge? In: Skuqqsjja, 5-6/1944, S. 138-143
- ⁴⁴ Loock a.a.O. S. 559
- ⁴⁵ Best, Betrifft: Vidkun Quisling a.a.O. S. 4

Finnland

- ¹ S. Jägerskiöld, Mannerheim 1867-1951, Herford 1985, S. 146
- ² Jägerskiöld a.a.O. S. 224
- ³ Aufzeichnung des Gesandten Schnurre vom 31.10.1941, ADAP, Serie D, Bd. XIII. 2, Dok. Nr. 436, S. 588 f.
- ⁴ Telegramm des Gesandten in Helsinki von Blücher an das AA vom 20.8.1942, ADAP, Serie E, Bd. III, Dok. Nr. 207, S. 249 f.
- ⁵ Vgl. Telegramm des RAM an die Gesandtschaft in Helsinki vom 4.4.1942, ADAP, Serie E, Bd. II, Dok. Nr. 111, S. 191
- ⁶ V. Quisling, Denkschrift über die russische Frage vom 5.2.1943, S. 13, Archiv Autor. Ansprüche auf die Kola-Halbinsel dürfte wohl der norwegische Finanzminister Frederik Prytz angemeldet haben, vgl. O. Bräutigam, So hat es sich zgetragen ..., Würzburg 1968, S. 419 f.
- ⁷ M. Salewski, Staatsräson und Waffenbrüderschaft. Probleme der deutsch-finnischen Politik 1941-1944, in: VJHZ, 27. Jg. (1979), S. 385
- ⁸ G. R. Überschär, Kriegsführung und Politik in Nordeuropa, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 853; G. R. Überschär, Guerre de coalition où guerre séparée, in: Revue d'Histoire de la deuxième guerre mondiale, Nr. 118 (April 1980), S. 62
- ⁹ Von Blücher a.a.O. S. 119
- ¹⁰ Hitlers Tischgespräche a.a.O. S. 191 (Aufzeichnung vom 5.4.1942)
- ¹¹ Von Blücher a.a.O. S. 267 f.; 277 f.; Drechsler/Dress/Hass, Der Platz Zentraleuropas in der Konzeption der Großraumwirtschaft a.a.O. S. 11 f.

- ¹² Telegramm des RAM an die Gesandtschaft in Helsinki vom 14.3.1942, ADAP, Serie E, Bd. II, Dok. Nr. 38, S. 67
- ¹³ So Ryti am 25.2.1942 zum deutschen Gesandten, vgl. von Blücher a.a.O. S. 277
- ¹⁴ Telegramm des Gesandten in Helsinki von Blücher an das AA vom 27.10.1942, ADAP, Serie E, Bd. IV, Dok. Nr. 102, S. 183
- ¹⁵ Von Blücher a.a.O. S. 297 f.
- ¹⁶ Von Blücher a.a.O. S. 305
- ¹⁷ Dies ergibt sich schon aus dem Tenor seiner Aufzeichnung (Dok. Nr. 57)

Rumänien

- ¹ G. Barbul, Mémorial Antonescu, Bd. 1: Le III^e homme de l'Axe, Paris 1950, S. 141
- ² Das Rumänien der Kriegsjahre war keineswegs ein »régime totalitaire de dictature militaire-fasciste«, so aber insbesondere die Einschätzung kommunistischer Historiker, vgl. G. Zaharia, La vie politique en Roumanie (1940-1944), in: Revue d'Histoire de la deuxième guerre mondiale Nr. 140 (Oktober 1985), S. 56; zutreffend demgegenüber A. Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu, Wiesbaden 2. Aufl. 1965, S. 122
- ³ H. Neubacher, Sonderauftrag Südost 1940-1945, Seeheim 3. Aufl. 1966, S. 54
- ⁴ I. Gheorghe, Rumäniens Weg zum Satellitenstaat, Heidelberg 1952, S. 302
- ⁵ G. Mergl, Rumänien. Der Weg zur Kapitulation 1940-1944, in: Osteuropa, 2. Jg. 1952, S. 381
- ⁶ R. Bova-Scoppa, Colloqui con due dittatori, Roma 1949, S. 113
- ⁷ Bova-Scoppa a.a.O. S. 42; Deakin a.a.O. S. 169; Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu a.a.O. S. 168; nach Barbul a.a.O. S. 183 sollte die Staatengruppe unter der Führung des Heiligen Stuhls stehen; der Gedanke einer lateinischen Achse (zwischen Spanien, Italien und Frankreich) wurde im übrigen auch von dem spanischen Außenminister Ramón Serrano Suñer verfolgt, vgl. R. Serrano Suñer, Espagne 1931-1945, Paris 1984, S. 197 f.; Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier a.a.O. S. 391
- ⁸ Borejsza, Il fascismo e l'Europa orientale a.a.O. S. 253
- ⁹ Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu a.a.O. S. 122
- ¹⁰ Bova-Scoppa a.a.O. S. 64-65; vgl. a. S. 46; 52
- ¹¹ Ähnliche Gedanken äußerte M. Antonescu auch gegenüber dem italienischen Botschafter, vgl. Bova-Scoppa a.a.O. S. 42
- ¹² M. Antonescu, Die Lebenskraft Europas, in: Junges Europa, 1. Jg., 11/1942, S. 18
- ¹³ Telegramm der Gesandtschaft in Bukarest an das AA vom 5.5.1941, ADAP, Serie D, Bd. XII. 2, Dok. Nr. 460, S. 600
- ¹⁴ Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über eine Unterredung zwischen dem RAM, Marschall Antonescu und Vizeministerpräsident Antonescu am 11.1.1943, ADAP, Serie E, Bd. V, Dok. Nr. 31, S. 63
- ¹⁵ Das Memorandum ist abgedruckt bei Bova-Scoppa a.a.O. S. 72-76; vgl. a. Bot-tai, Vent'anni e un giorno a.a.O. S. 246 f.; derselbe, Diario 1935-1944 a.a.O. S. 353; Ciano a.a.O. S. 648-650; Deakin a.a.O. S. 169-172
- ¹⁶ A. Hillgruber, Mihai Antonescu, in: Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, Band I, A-F, München 1974, S. 84
- ¹⁷ Zu dem Besuch M. Antonescus bei Mussolini und seinen Ergebnissen vgl. Bova-

Europa und das

**Einigungs
bestrebungen
im deutschen
Machtbereich
1939-45**

Bundesdeutsche Historiker zeigen eine ungewöhnliche Berührungsangst, was die Behandlung der von der Achse aufgestellten Europapläne während des Zweiten Weltkrieges anbetrifft. Im Gegensatz zu den zahlreichen Untersuchungen hinsichtlich der Europaprojekte der Widerstandsbewegungen lag über die kontinentaleuropäischen Einigungspläne der Antikommunistenstaaten und Kollaborationsbewegungen bisher keine umfassende zeitgeschichtliche Studie vor.

Hans Werner Neulen gibt nun zum ersten Mal einen Überblick über die verschiedenen Ideen zur Einigung des Kontinents, die 1939-1945 von Politikern, Diplomaten, Literaten und Intellektuellen erwogen wurden. Berücksichtigung fanden dabei Projekte und Vorschläge aus Deutschland, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Finnland und Rumänien. Anhand von schwer zugänglichen Dokumenten unterschiedlicher Provenienz belegt der Autor, daß im Schatten des Hakenkreuzes ernstzunehmende Europaplanungen entstanden, die den Mitgliedsstaaten einer autoritären europäischen Gemeinschaft weitgehende Rechte einräumen wollten.

Einzelne Europapläne waren bereits so ausformuliert, daß sie die Basis für einen Verständigungsfrieden mit England abgeben konnten und wohl bis 1942

auch ein Obotriten der unter deutscher Herrschaft stehenden europäischen Bevölkerung für die Seite der Achse hätten gewinnen können. Aber alle europäischen, meist auf die Bildung eines multinationalen Staatenbundes abzielenden Initiativen, wie sie besonders 1943 schon fast verzweifelt von Mitgliedern des deutschen Auswärtigen Amtes und ausländischen Politikern in Berlin angeregt wurden, scheiterten an der starren und verblendeten Haltung von Hitler, Himmler und Rippentrop. Wie der Reichsführer SS zu einem europäischen Entwurf des Norwegers Quisling anmerkte, dachte die nationalsozialistische Führung nie daran, »sich in nett demokratischer Form« von anderen Staaten einer europäischen Union überstimmen zu lassen.

*Hans Werner Neulen, geb. 1948, Jurist und Zeitgeschichtsforscher. Veröffentlichungen: *Eurofaschismus und der Zweite Weltkrieg*, München 1980, ein Buch, das auch in einer ital. Edition und 1982 als überarbeitete Taschenbuchausgabe unter dem Titel *Europas verratene Söhne* erschien; *An deutscher Seite*, München 1985; *Julius Evola nei documenti segreti del Terzo Reich* (zusammen mit N. Cospito), Roma 1986. Mitarbeit an Kurt Rossa *Todesstrafen*, Bergisch Gladbach, 2. Aufl. 1985.*